Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.
Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 4gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ.
Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.
Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr.
Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).
Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

Nr. 77. Sonnabend, den 19. März 1910. **104. Jahrgang.**

Das Wichtigste.

* Die Erste Kammer erledigte am Freitag einige kleine Etatskapitel und mehrere Eisenbahnsachen und vertagte sich dann bis zum 4. April. (S. Landtagsbericht.)

* Die Zweite Kammer hatte am Freitag erst eine längere Debatte über neue Erklärungen, erledigte dann einige Kapitel aus dem Etat und dem Rechenschaftsbericht und vertagte sich hierauf bis zum 30. März. (S. Landtagsber.)

* Die Arbeiterkündigungen auf der Kieler Werft sind gestern durch Anschlag der Werftverwaltung bis auf weiteres zurückgezogen worden.

* Der des Mordes an dem Oberregierungsrat von Wöhrmann angeklagte Gärtnerbursche Georgi wurde gestern vom Schwurgericht Leipzig nach zweitägiger Verhandlung zum Tode verurteilt. (S. Gerichtssaal.)

* Im österreichischen Abgeordnetenhaus gab der Unterrichtsminister infolge einer Interpellation eine längere Erklärung zum Fall Wahrmund ab. (S. Ausl.)

* Die Türkei droht Griechenland mit Kündigung aller Verträge, wenn dieses nicht die Rechte der mohammedanischen Grundbesitzer in Thessalien schützt. (S. Ausl.)

* In Petersburger diplomatischen Kreisen zirkulieren Gerüchte, der japanische Minister des Aeußern, Graf Komura, werde sich demnächst nach der Mandschurei begeben. Der Reise wird große politische Bedeutung beigemessen, um so mehr, als sich an sie eine Europareise schließen wird, auf der Komura auch Petersburg und London besucht.

Das Präsidium der Objektivität.

Ueber des Kammerherrn Elard von Oldenburg Leben und Taten im deutschen Reichstage sind nach dem jüngsten Beweis des prononcierten Junkertums des Besitzers von Januschau wohl keine Worte mehr zu verlieren. Könnte Lächerlichkeit tödlich wirken, so würde der Abgeordnete von Oldenburg längst nicht mehr zu den Lebenden zählen. Nachdem nun gar die eigne Fraktion diesen wunderlichen Helden aus der preußischen Feudalzeit kräftig von sich abgeschüttelt hat, wird er von ihr für die Zukunft wohl veranlaßt werden, sein parlamentarisches Dasein bis zur nächsten Reichstagswahl in möglichster Stille zuzubringen; und sicher wird dann im Herbste 1911 ein Seufzer der Erleichterung durch die Reihen der Konservativen gehen, wenn die Gefahr neuer Oldenburgiaden durch die Einsicht der Wähler des Wahlkreises Elbing-Marienburg ein für allemal beseitigt worden ist.

Ernster liegen die Dinge, wenn man den Reflex des Benehmens des Abgeordneten Oldenburg auf den ersten Vizepräsidenten des Reichstags, den Abg. Dr. Spahn in Rechnung zieht, denn der Wahlkreis Bonn-Rheinbach ist eine sichere Domäne des Zentrums, und der schwarzblaue Kurs, der wahrscheinlich den gegenwärtigen Reichstag überdauert, wird es dem Kieler Oberlandesgerichtspräsidenten ermöglichen, die della curulis der deutschen Volksvertretung auch in einem künftigen Reichstage einzunehmen. Eine Prüfung der Qualifikationen des Abg. Dr. Spahn für dieses Amt scheint uns deshalb unabweisbare Pflicht. Vielleicht erwägt inzwischen auch das Zentrum, ob es für die nächste Präsidentenwahl nicht lieber einen geschickteren Mann zur Teilnahme an der Führung der Reichstagsgeschäfte in Vorschlag bringt. Denn darüber herrscht wohl in allen politisch geschulten Kreisen Uebereinstimmung, daß die Fähigkeiten Spahns, turbulente Szenen im Reichstage zu meistern, völlig Schiffbruch gelitten haben, und daß weiterhin auch begründete Beschwerden über einen auffälligen Mangel an der unerläßlichen Objektivität seiner Leitung vorliegen. Herr von Oldenburg war durch frühere Vorstöße im Reichstage schon schwer genug belastet; ein feinfühliger Präsident mußte sich bewußt sein, daß jedes neue Auftreten dieser ostelbischen Spezialität schärfster Kontrolle bedürfe, damit einer Wiederholung häßlicher, der Würde des Hauses abträglicher Szenen vorgebeugt werde. Der Vizepräsident Dr. Spahn mußte sich daran erinnern, daß der Abgeordnete von Oldenburg durch seine Verhöhnung der Institution des Reichstags, durch seine Herabwürdigung des konstitutionellen Systems den Zorn der Volksvertreter heraufbeschworen hatte, er hätte darum also unter allen Umständen durch rasches, energisches Handeln der aufreizenden Wirkung schärfster persönlicher Invektiven gegen einzelne Mitglieder des Hauses aus dem Munde gerade dieses Abgeordneten geschickt begegnen müssen. Statt dessen gießt er auch noch Oel ins Feuer und schickt sich erst an, die lodernden Flammen zu löschen, als er vom größten Teil des Reichstags stürmisch an seine Pflicht gemahnt wird. Dieses wunderbare Maß von Objektivität wirkt um so auffälliger, wenn man Vergleiche über die Handhabung der Geschäftsordnung im Reichstage und in dem preußischen Abgeordnetenhause anstellt. Nimmt es sich nicht höchst eigen aus, wenn im deutschen Reichstage ein präsidierender Zentrumsmann eine leise rügende Zurechtweisung als ausreichende Sühne für die Behauptung erklärt, einzelne Abgeordnete hätten überhaupt keinen Ehrenstandpunkt, während im preußischen Abgeordnetenhause ein anderer präsidierender Zentrumsmann die harmlose und parlamentarisch doch wohl unbedingt statthafte Redeform „diese Herren" als unzulässig strikte ablehnt? Und wieviel schärfer wird noch dieser Gegensatz, wenn man berücksichtigt, daß im Reichstage der freundlich Zurechtgewiesene ein konservativer Abgeordneter, im preußischen Abgeordnetenhause der kräftig in Schutz Genommene auch ein konservativer Abgeordneter (übrigens derselbe, der sich im Reichstage diese Anrempelungen leisten durfte) gewesen ist? Und der Grund dieser Zwiespältigkeit? Die konservativ-klerikale Liaison erklärt alles, aber entschuldigt es nicht. Schlägt ein Mann der Rechten oder des Zentrums auf die Linke los, so hält der Zentrumsführer Spahn eine Unzulässigkeitserklärung für ausreichend; leistet sich aber ein Gegner des schwarzblauen Blocks eine zarte Anspielung, so waltet er mit Macht seines Rügeamts. Spahns Feinhörigkeit für aggressive Ausdrücke gegen die schwarzblauen Bundesgenossen scheint proportional der Entfernung eines Redners vom Zentrum zu wachsen; sie scheint aber ganz unverhältnismäßig rasch nachzulassen, wenn der Fall umgekehrt liegt, wenn also die Linke koramiert wird. Was rechts vom Zentrum steht oder diesem selbst angehört, scheint bei einer Entgleisung von vornherein der Zubilligung mildernder Umstände sicher sein; was links vom Zentrum sein kümmerliches Dasein fristet, muß jederzeit die ganze Schwere des präsidialen Zorns spüren, wenn ein unbedachtes Wort fällt.

Eindringliche Mahnungen der Volksboten selbst haben ja im Falle Oldenburg glücklicherweise noch für rasche Korrektur solcher Einseitigkeit gesorgt, aber wir haben auch schon Momente erlebt, wo derartige Einrenkungen unmöglich waren. So blieb es z. B. unabänderlich, daß am Tage der Interpellation wegen der Beamtenversetzungen in Kattowitz im Januar d. J. in der Besprechung als erster Redner der Zentrumsabgeordnete Gröber das Podium betrat, obwohl schon ein Zentrumsmann die Interpellation seiner Partei hinlänglich begründet hatte und im Hause sonst der Brauch herrscht, bei Interpellationen erst Redner aller anderen Parteien sprechen zu lassen, ehe die interpellierende Partei selbst wieder zu Worte kommt. Damals deutete Vizepräsident Dr. Spahn diesen merkwürdigen Verstoß gegen den herkömmlichen Brauch als „Mißverständnis", und er fand Verzeihung, wiewohl die dadurch bewirkte Umstimmigkeit nicht aus der Welt geschafft werden konnte. Diesmal ist zwar die Reparierung des Schadens wenigstens äußerlich noch geglückt, aber die Unzulänglichkeit Spahns auf dem Präsidentenstuhl ist erneut erwiesen, und darum scheint es dringend an der Zeit, wenn das Zentrum um seiner selbst willen Herrn Dr. Spahn empfehlen würde, mehr Rücksichten auf seine Gesundheit zu nehmen und auf das dornenvolle Amt eines ersten Vizepräsidenten doch lieber zu verzichten. Die Partei würde sich ein Armutszeugnis ausstellen, wenn sie nicht andre, mehr geeignete Männer für dieses Amt in Vorschlag bringen könnte.

Die Arbeiten des Reichstags.

Der Reichstag ist in die Osterferien gegangen. Nachdem er vor Weihnachten bereits die Handelsbeziehungen zu Großbritannien auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt hatte, hat er in dem letzten Tagungsabschnitt auf handelspolitischem Gebiete weitere Arbeiten geleistet. Zu Portugal, den Vereinigten Staaten von Amerika und Bolivien sind die Handelsbeziehungen nunmehr geregelt. Demnächst wird der Reichstag auch das Abkommen über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages erledigen. Den größten Teil seiner Tätigkeit nahm aber das Etats- und Rechnungswesen in Anspruch. Schon vor Weihnachten stellte er den großen Nachtragsetat für 1909 fest, worin die neuen Steuern und die im letzten Finanzgesetz enthaltenen Bestimmungen Berücksichtigung fanden. Zwischen Weihnachten und Ostern gelangte der Etat für 1910 zur Feststellung.

Durch ihn wird endlich einmal wieder der Reichshaushalt auf eine feste Basis gestellt. Während in den Vorjahren mit Anleihen für laufende Ausgaben oder mit gänzlich unbestimmten, ungedeckten und gestundeten Matrikularbeiträgen operiert werden mußte, ist jetzt der Beitrag der Einzelstaaten an das Reich auf 80 Pfennige für den Kopf der Bevölkerung festgesetzt. An ihm wird auch zunächst in den folgenden Jahren festgehalten werden, um die Balancierung zu ermöglichen. Dann hat der Reichstag noch das Kontrollgesetz angenommen und eine ganze Anzahl von Entwürfen ersten Lesungen unterzogen; so das Arbeitskammergesetz, das Hausarbeitsgesetz, das Kaligesetz, das Stellenvermittlungsgesetz, die Strafprozeßordnung, die kleine Novelle zum Strafgesetzbuch, das Gesetz über die Haftung der Reichsbeamten und das Reichsbesteuerungsgesetz. Noch nicht in Arbeit genommen sind das Gesetz über die Zuständigkeit des Reichsgerichts, die Rechtsanwaltsordnung, die Berner Uebereinkunft und die Reichsversicherungsordnung. Für die Zeit nach Ostern liegt demgemäß eine Fülle von gesetzgeberischem Material vor.

Einen großen Teil seiner Zeit hat schließlich der Reichstag auf die Erörterung von Interpellationen verwandt. Sie betrafen den Arbeitsnachweis, das Kalisyndikat, den Werftbetrieb in Kiel, die Wahlrechtsrede des preußischen Ministerpräsidenten, die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes, den Mansfelder Bergarbeiterstreik, die Hinterbliebenenversicherung, die Unterstützung an arbeitslose Tabakarbeiter, die Maßregelung von Beamten wegen Ausübung ihres Kommunalwahlrechts, die mecklenburgische Verfassung und die Wahlrechtsdemonstrationen. Wie lange der Reichstag noch nach Ostern tagen wird, ist vorläufig nicht abzusehen. Da er aber höchstwahrscheinlich weder die Strafprozeßordnung, noch die Reichsversicherungsordnung vor dem Sommer wird erledigen können, andererseits Wert darauf gelegt werden wird, die an beiden Vorlagen bis dahin geleistete Arbeit nicht unter den Tisch fallen zu lassen, so ist anzunehmen, daß die diesmalige Session nicht geschlossen, sondern vertagt werden wird. Eine ganze Anzahl der oben aufgeführten, noch nicht zur Verabschiedung gelangten Entwürfe wird vorher aber sicher zur Erledigung gebracht werden.

Der serbische Königsmord.

In Nr. 62 unseres Blattes haben wir die Erzählung des gegenwärtig in Belgrad weilenden französischen Journalisten Jean de Bonnefon wiedergegeben, wonach der Plan zur Ermordung des serbischen Königspaares aufgetaucht sei, als König Alexander, dessen Ehe mit Draga kinderlos geblieben, den Entschluß gefaßt habe, den Sohn des Prinzen Peter Karageorgewitsch (des jetzigen Königs), Georg (den nachherigen, jetzt abgedankten Kronprinzen), zum Thronfolger zu proklamieren und ihn zu adoptieren. Gegenüber dieser, sich angeblich auf „neue Dokumente" stützenden Mitteilung schreibt uns unser Balkan-Mitarbeiter, der den damaligen Ereignissen beigewohnt hat, daß die Annahme, König Alexander habe den Prinzen Georg Karageorgewitsch zu seinem Thronfolger wählen wollen, geradezu absurd sei. In König Alexander fand der Gedanke, ein Mitglied der von ihm aus tiefster Seele gehaßten Familie Karageorgewitsch zu seinem Nachfolger zu bestimmen, auch nicht einen Augenblick Raum. Als sich nach der bekannten Schwangerschaftskomödie Dragas die Ueberzeugung allgemein Bahn brach, daß aus der Ehe des Königs Kinder nicht zu erwarten seien und nun in der Bevölkerung die Frage der Erbfolge lebhaft diskutiert wurde, da wurde auch an verschiedenen Wirtshaustischen die Frage aufgeworfen, ob der König im Interesse der Aussöhnung zwischen den beiden rivalisierenden Dynastiefamilien Obrenowitsch und Karageorgewitsch und im Interesse der Ruhe des Landes nicht weise handeln würde, wenn er den ältesten Sohn des Prinzen Peter Karageorgewitsch, Georg, als Thronerben bestimmte. Ernstgenommen wurde dieser Vorschlag freilich nicht, man belachte ihn, weil man die Gesinnungen des Königs kannte. Nur ein politischer Kannegießer, ein Mann, der politisch nie eine Rolle spielte, faßte diese Lösung nicht scherzhaft auf, sondern unterbreitete sie in einem Briefe dem König. Dieser warf indessen den Brief, ohne ihn einer Antwort zu würdigen, achtlos in einen Kasten, wo er später, nach dem Morde, aufgefunden wurde. Möglich, daß dies das „neue Dokument" ist, auf das Jean de Bonnefon seine sensationell zugestutzte Mitteilung stützt. Fest steht unter allen Umständen, daß Prinz Georg bei dem serbischen Königspaare nicht eine Sekunde lang als Thronfolger in Frage kam, und damit fallen alle die anderen schönen „Enthüllungen" (mehr phantasievoll als logisch aufgebaut), die der französische Journalist an die angebliche Absicht des Königs Alexander, den Prinzen Georg zu adoptieren, knüpft, in ein Nichts zusammen.

Im Belgrader Konak hatte man in bezug auf die Thronfolgerfrage ganz andere Pläne. Draga, die sich von jeher als gute Schwester betätigt hatte, wünschte ihren Bruder Nicodem Lunjewitsch zum Thronfolger proklamiert zu sehen. Alexander zauderte zunächst, wurde aber schließlich von seiner Gattin diesem Gedanken immer geneigter gemacht, und es fanden sich nach seinem Tode Papiere vor, aus denen ersichtlich war, daß die Proklamierung Nicodems zum Thronfolger nur noch eine Frage der Zeit war. Nicodem selbst fühlte sich bereits als Thronfolger. Wenn er ein Lokal betrat, in dem eine Musikkapelle spielte, erhob er Anspruch darauf, daß bei seinem Eintritt die Nationalhymne gespielt wurde und sich die anwesenden Offiziere, gleichviel welchen Ranges, vor ihm, dem einfachen Oberleutnant, erhoben. Dieser arrogante Auftreten machte ihn verhaßt, und als man die Pläne Dragas erfuhr, war die Katastrophe unvermeidlich.

Die Verschwörung selbst bestand schon seit langem. Die Unzufriedenheit im Offizierkorps datierte von des Königs Hochzeit her. Laut wurde dagegen gewettert, daß sich der König derart vergessen konnte, eine öffentliche Dirne — als solche wurde Draga bezeichnet — zu heiraten. Als der König von dieser Unzufriedenheit erfuhr, versammelte er die Offiziere der Garnison sowie die Hörer der Kriegsschule um sich, um ihnen zu sagen, daß sie seinen Willen zu respektieren hätten und daß er Ungehorsam streng bestrafen würde. Durch die Günstlingswirtschaft Dragas empfing dann die Unzufriedenheit immer neue Nahrung, und als durch die bereits erwähnte Schwangerschaftskomödie Dragas das serbische Königspaar dem Spott der ganzen Welt anheimfiel, wurde das Komplott geschmiedet, das dann durch die Wünsche Dragas in bezug auf die Regelung der Thronfolge eine Beschleunigung der Ausführung erfuhr. Man entschloß sich für den Tod, da eine erzwungene Abdankung zu einem Bürgerkriege geführt hätte, in dem vielleicht Tausende den Tod gefunden haben würden und das Land auf das tiefste zerrüttet worden wäre. Der in Genf in der Verbannung lebende Prinz Peter Karageorgewitsch wurde bloß hinsichtlich des bevorstehenden Thronwechsels verständigt, und da er den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen hatte, daß die Absetzung Alexanders ohne Blutvergießen vor sich gehen möge, so verschwiegen ihm die Verschwörer ihren Beschluß, das Königspaar und die beiden Brüder Dragas zu töten. Das Bestehen der Verschwörung war mittlerweile auch anderwärts bekannt geworden. Insbesondere erfuhr König Carol von Rumänien davon, und dieser nahm Anlaß, Alexander zu warnen. Dieser schlug die Warnung indessen in den Wind, doch wurde er noch am Tage vor seiner Ermordung aus Belgrad selbst auf die Verschwörung aufmerksam gemacht, und er nahm sich deshalb vor, eine Untersuchung einzuleiten. Die Verschwörer kamen ihm indessen zuvor, und das Verhängnis nahm seinen Lauf.

Auch die Bonnefonsche Erzählung, wie der Mord ausgeführt wurde, enthält Unrichtigkeiten über Unrichtigkeiten; da indessen dieser Teil des Bonnefonschen Berichtes im Leipziger Tageblatt nicht veröffentlicht wurde, so erübrigt es sich für uns, näher darauf einzugehen.

Ueber die Nation und die Friedensbewegung

hat Professor Karl Lamprecht-Leipzig in der „Friedenswarte" einen Aufsatz veröffentlicht, dem wir u. a. folgendes entnehmen:

„Gern folge ich der Aufforderung der Redaktion, mich im Anschluß an eine Abhandlung v. Stengels über die Idee des ewigen Friedens und die Friedensbewegung in der „Deutschen Revue" zur nationalen Bedeutung dieser Bewegung speziell für Deutschland zu äußern. Denn die Zeit ist da, wo eine feste Stellungnahme zur modernen Friedensidee seitens der Nation nicht mehr umgangen werden kann. . ." Nachdem dann Lamprecht gegen einige Verallgemeinerungen Stengels polemisiert hat, fährt er fort: „Es ist am Platze, nach den Faktoren zu fragen, denen die Friedensbewegung von heute ihre auch von den Gegnern nicht mehr geleugnete Stärke verdankt. Da ist eins von vornherein klar: diese Faktoren müssen der Entwicklung wenigstens der europäischen Staatengemeinschaft und ihrer außereuropäischen Expansion gemeinsam sein: denn in deren ganzem Bereiche vollzieht sich die Friedensbewegung. Und in diesem Kreise wiederum müssen sie ganz besonders der englischen und amerikanischen, allenfalls auch noch der französischen Entwicklung angehören: denn in diesen Ländern hat sich der Pazifismus am früheisten stärker und im Sinne einer allgemeinen geistigen Erscheinung geregt.

Geht man von dieser Lokalisierung aus, so liegt es von vornherein nahe, in dem Pazifismus eine Erscheinung höchster politischer Kulturblüte der europäischen Welt zu sehen; denn was man auch von der besonderen Bedeutung der deutschen Kultur sagen mag, immer bleibt es richtig, daß den großen Nationen Westeuropas ein zeitlicher Vorsprung in der Entwicklung zahlreicher und vornehmlich der politischen Erscheinung europäischer Kultur innewohnt. Diese Erscheinung ist dann aber auch leicht in einer Richtung zu deuten, die von den deutschen Gegnern der Friedensbewegung, soweit ich sehe, noch nirgends recht in Rechnung gestellt worden ist. Auf französischem und namentlich angloamerikanischem Boden ist in den letzten vierzig Jahren eine von der früheren Art sehr abweichende Schattierung des Kosmopolitismus und Patriotismus entstanden. Nur zu leicht verbindet man in Deutschland mit dem Begriffe eines Kosmopoliten auch heute noch den Beigeschmack des unpraktischen Idealisten, des Träumers und Utopisten, des Gegensatzes vor allem zum Staatsmann. Es ist die Anwendung des alten poetischen Ideals des Kosmopoliten aus der Zeit unseres Klassizismus: Seid umschlungen, Millionen! Von diesem Begriffe aber lebt in dem westeuropäischen Kosmopoliten der Gegenwart wenig mehr, es sei denn das reine, mit ihm verbundene Gefühl menschlicher Wärme. Im übrigen ist dieser Kosmopolit ein praktischer Mann mit sehr konkreten Zielen, ein echter Staats- und Geschäftsmann. Und da für ein solches Handeln internationaler Friede die selbstverständliche Voraussetzung ist, so ist er bereits aus diesem Gefühle ganz konkreter und ganz unabweislicher Art zu einem keineswegs erträumten, sondern sehr greifbaren Pazifismus gelangt. In dies Gefühl als das beherrschende hat sich dann aber auch ein neuer Patriotismus eingebettet. Der alte Patriotismus hatte ein Moment des Exklusiven: hat doch ursprünglich jede Nation, die etwas auf sich gab, nur die ihr Angehörigen als volle Menschen, die andern günstigenfalls noch als Barbaren betrachtet. Ständige und weithin sich verbreitende Erfahrung entdeckte, daß die andern sozusagen auch etwas seien; der internationale Schätzungswinkel verschob sich zu eigenen Ungunsten, und übrig blieb nur die Vorstellung, daß, bei allen Vorzügen der andern in dieser oder jener Richtung, doch auch dem eigenen Volke in einigen Richtungen ein Vorzug gebühre. Auf diese Weise bildete sich die neue Basis des modernen Patriotismus: die Vorstellung von der spezifischen Veranlagung der Nationen, von ihrer arbeitsteiligen Bestimmung im Kreise der aufsteigenden Menschheit. Nun liegt es aber auf der Hand, daß diese Vorstellung wiederum, eben indem sie das eigene Wesen als durch Fremdes ergänzungsfähig erkannte, als Grundlage einer solchen praktisch durchgeführten Ergänzungsfähigkeit Ruhe, Friede, Einheit letzter Interessen fordern mußte. Und so trafen neuer Kosmopolitismus und neuer Patriotismus in dem Gedanken der internationalen Friedensbewegung zusammen.

Nun leidet es keinen Zweifel, daß diese geistigen Vorgänge sich heute auch in Deutschland vollziehen, wenn sie auch später als im europäischen Westen eingesetzt haben, und daß sie täglich an Boden und Einfluß gewinnen. Und das ist eben so legitim wie unvermeidlich; denn die Gründe der Wandlung zum neuen Kosmopolitismus und Patriotismus bestehen in Deutschland ebenso sehr, wie wo anders. Allein es ist nicht zu verkennen, daß der Prozeß in Deutschland in manchem Betracht vielleicht besondere Hinder-

SLUB
Wir führen Wissen.